



Kurzbericht

über die 27. Sitzung des **Europaausschusses**
am Mittwoch, dem 14. August 2019, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 10:05 Uhr

1. **Vorbereitung der Feiern zum 100. Jubiläum der Volksabstimmung zur Grenzziehung zwischen Deutschland und Dänemark**

Der Ausschuss nahm Berichte des Botschafters des Königreichs Dänemarks, des Landtagsdirektors und des Chefs der Staatskanzlei zum Stand der Vorbereitungen der Feiern im Jahr 2020 anlässlich des 100. Jubiläums der Volksabstimmung zur Grenzziehung zwischen Deutschland und Dänemark entgegen und ließ sich die Planungen zu einer hierzu geplanten szenischen Lesung durch Projektbeteiligte vorstellen.

2. **Aktivitäten des „Vereins Norden“**

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/2671](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Vorsitzenden der „Foreningen Norden“ zur Gründungsgeschichte und aktuellen Aktivitäten des Vereins entgegen.

3. **Bericht der Landesregierung und des Landtages über die Beteiligung von Jugendlichen an den politischen Entscheidungsprozessen in der Ostseekooperation**

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/2682](#)

Die Europaministerin berichtete dem Ausschuss über das Engagement junger Menschen in politischen Foren im Rahmen der Ostseekooperation. An den Bericht schloss sich eine Diskussion an.

4. **Bericht der Landesregierung über den Vorschlag der Europäischen Kommission für einen *Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Katastrophenschutzverfahren der Union; COM(2019) 125 final* (Tagungsübersicht der Frühwarndokumente, FWS-Dokument 19/1, Stand: 24.05.2019) und die Auswirkungen des auf EU-Ebene geplanten Katastrophenschutzverfahrens auf Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/2683](#)

[hierzu: Fws-Dokument 19/164](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Innenministeriums zur Einrichtung spezialisierter Einheiten für den Katastrophenschutz auf europäischer Ebene entgegen. Es schloss sich eine kurze Diskussion an.

5. **Minderheiten und Volksgruppen in das Grundgesetz aufnehmen**

Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/587](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/2741](#)

Nach einer Aussprache und der Ankündigung durch die Staatskanzlei, dass die Landesregierung gemeinsam mit anderen Bundesländern eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung des Artikels 3 des Grundgesetzes anstrebe, schlossen sich die SPD und der SSW dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, Umdruck 19/2741, mit der Maßgabe an, dass hinter dem Wort „geachtet“ die Worte „und gewahrt“ eingefügt werden sollten. Den umformulierten Änderungsantrag nahm der Ausschuss einstimmig an.

Ebenfalls einstimmig empfahl der Ausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den so geänderten Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/587](#) (neu), dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

6. **Bessere soziale Absicherung innerhalb Europas**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1165](#)

Offene Grenzen in Europa: Barrieren für den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt abbauen

Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1194](#)

Nach kurzer Diskussion schloss sich der Ausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der AfD bei Enthaltung der SPD und des SSW dem Votum des Sozialausschusses an und empfahl dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Drucksache 19/1165](#), anzunehmen und den Alternativantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 19/1194](#), abzulehnen.

7. **Europa gemeinsam gestalten!**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1368](#)

Nach einer Diskussion empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimme der SPD bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW, den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/1368](#), abzulehnen.

8. Erasmus+ ab 2021: Zielgruppengerechte Programmausgestaltung

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1434](#)

Nach kurzer Aussprache wurde der Tagesordnungspunkt vertagt.

9. Terminplanung 2020

Der Tagesordnungspunkt wurde mit der Maßgabe vertagt, am Rande der August-Tagung des Plenums zu einer Beschlussfassung über die Termine des kommenden Jahres zu kommen.

10. Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder erörterten, dass Änderungen bei den Gremienbesetzungen in Bezug auf die Beteiligung am Ausschuss der Regionen und dem Nordischen Rat anstünden und angemeldet werden müssten.

Der Ausschuss bat Frau Schmidt Holländer darum, im Vorfeld der Organisation des Parlamentsforums Südliche Ostsee den Organisatoren als mögliche Termine vorzugsweise den 10. bis 12. Mai 2020 oder alternativ den 3. bis 5. Mai 2020 mitzuteilen.

Schluss: 13:15 Uhr

gez. Thomas Wagner